



## Pressemitteilung vom 14.12.23

Am 13.12.2023 kam aus den Reihen der amtierenden Regierung eine offene Kriegserklärung an alle landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland. Die mit dem gestrigen Tag von der Ampel-Regierung beschlossene Abschaffung der ermäßigten Mineralsteuer für die Landwirtschaft und die Steuerfreiheit für unsere Schlepper und Maschinen ist ein Schlag ins Gesicht für alle hart arbeitenden Landwirte in Deutschland.

Wir leisten täglich unseren Beitrag, dass es in diesem Land weiter vorwärts geht!

Wir erzeugen sichere und hochwertige Lebensmittel!

Wir schützen die Natur!

Wir schaffen Arbeitsplätze im ganzen Land!

Wir sind da, wenn der Katastrophenschutz überfordert ist oder im Winter der Schnee von den Straßen geräumt werden muss!

Und jetzt sollen wir für die Unfähigkeit dieser Regierung, die nicht in der Lage ist, einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen, auch noch die Zeche bezahlen? Für uns ist damit das Maß endgültig voll!

Ist denn in diesem Land Leistung überhaupt nichts mehr wert?

Will man uns loswerden und die Landwirtschaft abwickeln?

Wir werden es nicht weiter hinnehmen, wie diese Regierung mit den Menschen in diesem Land umgeht!

Wenn die Bundesregierung nicht in der Lage ist, einen verfassungskonformen Haushalt zu erarbeiten, der sich an den Herausforderungen in Deutschland orientiert, sollte sie das Feld vielleicht anderen überlassen. Wie hieß es noch so weise? "Lieber gar nicht regieren als falsch zu regieren!"

Mit diesem Kahlschlag hat die Ampel-Regierung die rote Linie mit aller Deutlichkeit überschritten! Der Dieserverbrauch auf unseren landwirtschaftlichen Betrieben wurde von „unserem“ Finanzminister als „umweltschädlich“ titulierte, obwohl natürlich jedem halbwegs vernunftbegabten Menschen die absolute Alternativlosigkeit von Dieselmotoren zur Erledigung unserer Arbeit auf Feld und Hof klar ist. Die Rückvergütung eines Teils der Steuern auf eben diesen Diesel ist aus unserer Sicht allein schon mehr als gerechtfertigt, da die Maschinen zum absolut überwiegenden Teil auf unseren Äckern, Grünlandflächen und auf den Höfen arbeiten und eben nicht den öffentlichen Verkehrsraum nutzen.

Diese „Subventionen“ sind am Ende nicht mehr als eine Rückerstattung eines Teils der Steuern auf Diesel. Diese nun ersatzlos zu streichen, um den eigenen Haushalt zu flicken, der trotz 895,7 Milliarden Steuereinnahmen im Jahr 2022 und Tricksereien und Schummeleien von Seiten der amtierenden Regierung es nicht schafft, verfassungskonform zu bleiben, ist eine offene Kriegserklärung an diejenigen, denen es nicht möglich ist, mit ihren Unternehmen das Land zu verlassen wie es in vielen anderen Branchen leider mittlerweile zum Standard zu werden scheint. Wir befinden uns in einem europäischen Binnenmarkt, sämtliche andere Marktteilnehmer profitieren von zum Teil weit höheren Entlastungen. Wie sollen wir diesen krassen Wettbewerbsnachteil, diesen krassen Standortnachteil je kompensieren können? Welche „umweltfreundlichen“ Alternativen bietet diese Ampel-Koalition an?

Als wenn das noch nicht reichen würde, wurde zeitgleich beschlossen, dass unsere Maschinen, unsere Traktoren, welche wir benötigen, um heimische Lebensmittel zu produzieren, in Zukunft nicht mehr von der KFZ-Steuer befreit werden, sondern wie Nutzfahrzeuge im gewerblichen Güterverkehr zu besteuern sind. Obwohl der Weg auf der öffentlichen Straße nur nötig ist, um zur Arbeit auf dem Feld zu gelangen, werden die überwiegend saisonal genutzten Maschinen damit steuerlich einem LKW gleichgestellt, welcher Tag für Tag auf der Straße fährt. Auch dieses wieder ein deutlicher Standort und Wettbewerbsnachteil gegenüber unseren Nachbarländern.

Man fragt sich wirklich, ob Deutschland nur noch von Stümpfern regiert wird, die über keine nötige Weitsicht mehr verfügen und nicht einmal ansatzweise in der Lage zu sein scheinen, bezüglich ihrer desaströsen Beschlüsse die daraus entstehenden Folgen einschätzen zu können.

Die auf Grund dieser Beschlüsse zu erwartenden Kostensteigerungen von rd. 1 Mrd. Euro werden so hoch sein, dass unsere deutschen Landwirte im Wettbewerb noch mehr benachteiligt sein werden als eh schon. Viele Betriebe können diese Kostensteigerungen nicht auffangen und werden gezwungen, aus der Erzeugung hochwertiger und nachhaltiger Lebensmittel auszusteigen. Die fehlende Menge wird dann nicht weniger kostenintensiv und klimaschädlich importiert werden müssen.

Ein Mindestmaß an Ernährungssicherheit scheint für die Bundesregierung in keiner Weise Priorität zu haben, lieber begibt man sich noch mehr in Abhängigkeiten. Wozu das führt, wird uns jeden Tag bei der Deckung unseres Energiebedarfs vorgeführt! Benachteiligt werden alle Betriebe, egal ob konventionell oder biologisch bewirtschaftet, egal ob groß oder klein - diese Streichungspläne der Regierung werden den eh schon schlimmen Strukturbruch nur noch weiter beschleunigen, dem insbesondere die kleineren Betriebe, die man – sollte man den Aussagen unserer Politiker Glauben schenken - ja eigentlich erhalten will, verstärkt zum Opfer fallen. All das wird letztendlich zu einem noch weiteren Anstieg unserer Lebensmittelpreise führen - das ist schon jetzt mehr als sicher!

Die Grenze des Zumutbaren ist für einen Großteil der Betriebe nun überschritten und wird in unserem Berufsstand zu deutlichen Reaktionen führen. Wir behalten uns vor, zeitnah in Aktion zu treten und unsere Forderungen mit Demonstrationen an geeigneter Stelle zu untermauern. Kampflos werden wir uns diesem Diktat jedenfalls nicht unterwerfen und Proteste könnten durchaus das Format einnehmen, welches vor etwas über vier Jahren in Berlin durch alle Medien ging und Geschichte geschrieben hat!

Gerade wir in NRW an der Grenze zu EU-Nachbarländern werden uns ferner um rechtlich verbindliche Aussagen bemühen, was benötigt wird, um in diesen Nachbarländern „Niederlassungen“, „Lohnunternehmen“, „Mietparks“ oder ähnliches zu gründen, um den Sumpf durch Steuerentzug möglichst stillzulegen.

Des Weiteren werden wir Konzepte und Rechnungen erarbeiten, wie man ggf. von den gefallenen Steuerprivilegien profitieren könnte, indem man z.B. Autos abmeldet und stattdessen mit dem Trecker einkaufen fährt (überschlägig sind Autos unter 6.000 km Fahrleistung im Jahr nicht mehr wirtschaftlich) oder welche Perspektiven sich möglicherweise außerhalb der Saison im gewerblichen Güterverkehr bieten, mit dem man ja jetzt steuerlich gleichgestellt wird. Welche Auswirkungen das auf den mittlerweile vielfach vollgestopften Straßen und dem zähfließenden Verkehr und auf den CO2-Anfall haben wird, kann sich jeder selbst ausmalen.

Wir appellieren an die Vernunft der amtierenden Politiker! Halten Sie sich zurück mit einseitigen und völlig überzogenen Belastungen gegenüber der Hand, die dieses Land seit Jahrzehnten ohne Hungersnöte ernährt hat - und das zu mehr als angemessenen Preisen!

Wenn Sie der Situation nicht gewachsen sind, treten Sie zurück, um von unserem Land weiteren Schaden abzuwenden!

LsV NRW e.V.

LsV NRW e.V.  
buero@lsvnrwev.de